

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 1 vom 24. Januar 2020, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Reto Schertenleib (bis zur Wahl der neuen Stadtratspräsidentin)
Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron,
Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Lorina Winkler

Entschuldigt

Stadtrat Serge Lanz, Stadträtin Daniela Weber

Schluss der Sitzung

19:25 Uhr

Reto Schertenleib, Stadtratspräsident des Vorjahres, begrüsst die Anwesenden zur Ouvertüre der Stadtratssitzungen im neuen Jahr. Anschliessend an die heutige Sitzung findet die Feier der neuen Stadtratspräsidentin statt, weshalb es keine Zeit zu verlieren gilt und allfällige Vorstösse frühzeitig einzureichen sind. Die Traktanden 17 (Motion M 4/2019 betreffend CO₂-Reduktion bei Neubauten) sowie 24 (Postulat P 26/2019 betreffend STI kostenlose Fahrten für Armutsbetroffene) wurden von der Urheberschaft zurückgezogen.

1. Wahl des Stadtratsbüros 2020

a) Stadtratspräsidium

Die Fraktion glp/BDP schlägt Daniela Huber Notter (glp/BDP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 einstimmig Daniela Huber Notter (glp/BDP) zur Stadtratspräsidentin.

Der scheidende Stadtratspräsident **Reto Schertenleib** (SVP) gratuliert der neuen Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter zur Wahl und wünscht ihr in diesem Amt viel Durchsetzungsvermögen und Spass.

Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter (BDP) dankt dem Rat für das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Sie fühlt sich von ihm getragen und nimmt die Wahl, die für sie eine grosse Ehre ist, sehr gerne an. Dem ehemaligen Stadtratspräsidenten Reto Schertenleib dankt sie für seine souveräne, kompetente und gewissenhafte Arbeit. Er hat den Rat auch ausserhalb der Sitzungen stets überzeugend vertreten. Sein Motto «Sprich, doch bleibe kurz und klar» wurde nicht immer befolgt und er bewies eine bemerkenswerte Ausdauer, wofür sie ihm eine grosse Büchse Ovomaltine überreicht. Sie wünscht ihm nun viel Zeit für seine Familie und Hobbies. Ihre Schwiegermutter hat Proviant-Säckli in den Thuner Farben genäht, deren Inhalt dem Rat bei den kommenden langen Sitzungen Energie spenden sollen. Die Stadtratspräsidentin ist gebürtige Solothurnerin, lebt jedoch seit 20 Jahren in Thun und fühlt sich seit dem ersten Tag wohl hier. Ihre politische Herkunft ist nicht zentral – sie will für alle da sein und setzt sich ein für gegenseitiges Zuhören. Den Rat bittet sie, das Motto «Es wurde schon alles gesagt, aber nicht von allen» nicht zu befolgen. Sie betont, dass ein Mitspracherecht, wie wir es haben, nicht selbstverständlich ist und uns viele Menschen darum beneiden. Ihnen spricht sie ihre Solidarität aus. Nach dem BDP-Slogan «Langweilig, aber gut» will sie sich vor allem zu Herzen nehmen, gut zu sein.

b) Vizepräsidium

Die Fraktion Grüne/JG schlägt Roman Gugger (Grüne/JG) zur Wahl vor.

Der Rat wählt gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 einstimmig Roman Gugger (Grüne/JG) zum ersten Vizepräsidenten.

c) Zweites Vizepräsidium

Die Fraktion SP schlägt Katharina Ali-Oesch (SP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 einstimmig Katharina Ali-Oesch (SP) zur zweiten Vizepräsidentin.

d) Zwei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen

Die Fraktion **EVP+EDU+CVP** schlägt als Stimmenzähler Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) vor.

Die **SVP-Fraktion** schlägt als Stimmenzähler Valentin Borter (SVP) vor.

Der Rat wählt gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 jeweils einstimmig Alois Studerus (EVP+EDU+CVP) und Valentin Borter (SVP) als Stimmenzähler.

Kurzes komödiantisches Intermezzo von Christoph Huber, Bruder der Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter und Sitzungsunterbruch zum Umtrunk von 17:30 bis 18:00 Uhr.

2. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. Dezember 2019

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

3. Stadträtliche Kommissionen 2020

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und in Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglementes Stadtrat beschliesst:

Die Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

- a) SAKO P+StE: Präsidium Jonas Baumann-Fuchs (EVP+EDU+CVP); Vizepräsidium Thomas Rosenberg (Grüne/JG)
- b) SAKO B+L: Präsidium Michelle Marbach (Grüne/JG); Vizepräsidium Simon Werren (glp/BDP)
- c) SAKO BiSK: Präsidium Andreas Kübli (glp/BDP); Vizepräsidium Manfred Locher (EVP+EDU+CVP)
- d) SAKO Si+So: Präsidium Alice Kropf (SP); Vizepräsidium Eveline Salzmann (SVP)
- e) SAKO FIRU: Präsidium Daniela Weber (SVP); Vizepräsidium Franz Schori (SP)

4. Schulkommission

Wahl von Marlene Graber (SP) anstelle der zurückgetretenen Nora Läng (SP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 40/2019

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Dezember 2019, beschliesst:

1. Von der Demission von Nora Läng per 31. Dezember 2019 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Nora Läng wird Marlene Graber, Jahrgang 1976, von Sigriswil BE, sozialarbeitende Person B. A. FH, wohnhaft Schlossmattstrasse 11, 3600 Thun, als Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

5. Erweiterung Verwaltungsgebäude Industriestrasse 2

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 8'420'000 Franken für die Realisierung des Erweiterungsbaus und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft.

Bericht des Gemeinderates Nr. 37/2019

Gemeinderat Konrad Hädener betont, dass das Geschäft bereits zum dritten Mal im Stadtrat ist. Nachdem es 2016 um den Wettbewerbs- und 2018 um den Projektierungskredit ging, steht heute der Ausführungskredit zuhanden der Volksabstimmung im Zentrum. In den früheren Beratungen gab es zurecht auch kritische Voten wie die Frage, ob sich die Stadt anstelle des Baus eines eigenen Rechenzentrums nicht einem bestehenden anschliessen könne. Zum damaligen Zeitpunkt lagen keine entsprechenden Angebote vor, der Gemeinderat versprach jedoch eine Prüfung. Es kam ein Angebot eines renommierten Betreibers im Raum Bern, der selbst ein Bauprojekt verfolgt und ein unschlagbar gutes Angebot machte. Die Stadt Thun hat ihr Wettbewerbsprojekt entsprechend überarbeitet, womit nun ein reiner Verwaltungsbau vorliegt. Auch das wurde hinterfragt und der Gemeinderat hat das Mieten von Büroflächen intensiv und mit der ernsthaften Absicht geprüft, die Informatikdienste möglichst in absehbarer Zeit aus dem Thunerhof auszuquartieren. Der Immobilienmarkt wurde nach passenden Objekten durchsucht und es fanden Verhandlungen mit zwei Vermietern statt. Beide waren nicht erfolgreich: Im ersten Fall war der Vermieter nicht in der Lage, ein verbindliches Angebot vorzulegen, und die Stadt musste ihr Interesse zurückziehen. Das zweite Angebot kam zustande, stellte aber qualitativ bezüglich Räumlichkeiten keine Verbesserung dar. Der Leiter der Informatikdienste sprach sich dagegen aus, vor allem im Hinblick auf die Rekrutierung am Fachkräftemarkt und wegen der Gefahr, bestehende Mitarbeitende vor den Kopf zu stossen und zu verlieren. In der Theorie gibt es zwar freie Büroflächen in Thun, in der Praxis erweist sich dies mit konkreten Anforderungen aber als schwierig und es gibt kein Angebot, das dem Bedarf entspricht. Deshalb kommt das Geschäft so daher, wie ursprünglich geplant. Besonders zu betonen ist die Flexibilität des geplanten Gebäudes, die sich schon dadurch auszeichnete, dass das geplante Rechenzentrum aus dem Plan entfernt werden konnte. Momentan stehen als Ankernutzer die Informatikdienste im Vordergrund, doch langfristig ist auch eine Umbelegung möglich und das Gebäude lässt die Möglichkeit offen, die Grossraumbüros später mit geringem Aufwand in kleinere Büroräume umzuwandeln. Dies ist ein Punkt, der beim Thunerhof mit den ehemaligen Hotelzimmern problematisch und kostspielig wäre.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, hat sich in der SAKO detailliert mit dem Geschäft auseinandergesetzt und die aktuellen Arbeitsplätze im Thunerhof in Augenschein genommen. Diese sind wirklich sehr eng, auf mehrere Stockwerke verteilt und zum Teil durch abgeschlossene Türen voneinander getrennt. Die SAKO konnte an ihrer letzten Sitzung die neu gestalteten, modernen Informatik-Arbeitsplätze der Firma Nexplore AG besichtigen. Die neuen Arbeitsplätze an der Industriestrasse 2 sollen ähnlich konzipiert werden. Die Vorteile der Arbeitsplatzqualität und der damit zusammenhängenden Personalrekrutierung leuchten der SAKO ein und es überzeugt sie auch die Strategie, die Stadtverwaltung auf drei Standorte zu konzentrieren. Die SAKO B+L hat das Geschäft bei zwei Abwesenheiten einstimmig angenommen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, findet es wichtig, dass bei der Realisierung der Arbeitsplätze der Mensch im Zentrum steht. Die SP-Fraktion hätte es begrüsst, wenn die Stadt so weit gegangen wäre wie die Nexplore AG, wo die Mitarbeitenden aktiv an der Planung der Arbeitsplätze mitwirken konnten und durch ihre Zufriedenheit auch Werbung für neue Mitarbeitende machten. Die SP-Fraktion unterstützt den Entscheid des Gemeinderats, die Gebäude selbst zu bauen und nicht zu mieten. Sicherheit und die Möglichkeit, langfristig zu planen, sind gerade bei einem solch zentralen Dienst sehr wichtig. Sie begrüssen den Standard Minergie P-ECO sowie die Nutzung des Grundwassers und die Fotovoltaik auf dem Dach. Er persönlich ist überzeugt, dass man mit Fotovoltaik an der Fassade noch einen Schritt weiter gehen könnte, wie dies die Gemeinden Steffisburg und Hilterfingen bereits erfolgreich vorgemacht haben. Mit einem intelligenten Sonnenschutz mit Steuerung könnte der Energieaufwand zusätzlich um etwa ein Drittel reduziert werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt der SAKO B+L für den Bericht und die ausführlichen Informationen zum Stand der Planung. Er geht nicht davon aus, dass die Arbeitsplätze gleich werden wie bei der Nexplore AG. Seiner Fraktion leuchtet ein, dass die Raumaufteilung aufgrund fehlender Platzreserven nicht optimal und der Anspruch auf mehr Raum für die Informatikdienste berechtigt ist. Eine Auslagerung der Informatik gibt der bestehenden Abteilung mehr Raum und erlaubt eine logischere Aufteilung der Räumlichkeiten im Thunerhof. Der Masterplan zur Industriestrasse bietet mittel- und langfristig sehr gute Lösungen, da nach dem Bau des jetzt beantragten Gebäudes eine Weiterentwicklung möglich wäre. Das heisst nicht, dass die SVP-Fraktion das Wachstum der Verwaltung befeuern will, doch es soll die Möglichkeit bestehen, Arbeitsplätze vom Thunerhof an die Industriestrasse zu verlagern und den Thunerhof an dieser bevorzugten Lage anders zu nutzen. Der Masterplan ist sehr sinnvoll und zukunftsgerichtet. Die Kosten sind hoch, wofür die ökologische Bauweise und das Streben nach ökologischem Betrieb verantwortlich sind, befinden sich jedoch innerhalb der Toleranz. Es sind genug Varianten wie z.B. das Einmieten in andere Gebäude geprüft worden und es lässt sich feststellen, dass der Bau wirklich Sinn macht. Insbesondere mit Blick auf den Masterplan ist auch in Zukunft die nötige Handlungsfreiheit gegeben. Die ökologische Bauweise ist momentan Standard und das ist wohl auch gut so. Sein eigener Arbeitsplatz befindet sich seit ein paar Jahren in einem Container und er geniesse es, gelegentlich bei offenem Fenster zu arbeiten, so Stadtrat Deriaz. Er befürchtet, dass dies bei Bauten wie dem geplanten nicht mehr möglich sein wird. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag in allen Punkten einstimmig.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, unterstützt das Bauprojekt und den Verpflichtungskredit mit der Mehrheit seiner Fraktion. Besonders sinnvoll erscheint ihnen, den Neubau an der Industriestrasse zu erstellen und dadurch den Thunerhof zu entlasten. Sie begrüssen den Energie P-ECO-Standard und empfinden die Solaranlage und die Grundwasserwärmepumpe als sehr innovativ. Die Kosten sind realistisch und tragbar und das entstehende Gebäude finanzierbar.

Alois Studerus, **Fraktion EVP + EDU + CVP**, befürwortet den Verpflichtungskredit mit seiner Fraktion einstimmig. Sie betrachten es als notwendig, den Verwaltungsstandard auszubauen und ein eigenes Gebäude zu erstellen. Insbesondere wegen der Personalrekrutierung heissen sie die Anforderungen an die neuen Arbeitsplätze gut. Sie begrüssen auch den geplanten Minergie-Standard. Die Kosten pro Arbeitsplatz sind im Benchmark-Vergleich nicht allzu hoch. Sollte der Thunerhof in Zukunft einen Käufer finden, bestünde die Möglichkeit, gemäss dem Masterplan die gesamte Verwaltung an der Industriestrasse anzusiedeln. Bezugnehmend auf die ständige Weisung über die Nutzung von Verwaltungsbauten stellt sich seiner Fraktion die Frage, ob der Anspruch auf einen persönlichen Arbeitsplatz bei einem Pensum von 50 Prozent bleiben muss oder ob das Desk-Sharing erweitert werden könnte. Mit dem «Building Information Modeling-System» hat die Stadt Thun eine Methode eingesetzt, die neue Erkenntnisse bringt. Die Fraktion EVP + EDU + CVP stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die ausführlichen Unterlagen und die Beantwortung der Fragen. Auch wenn ihre Fraktion einem Neubau an diesem Standort eher skeptisch begegnet, sehen sie, dass keine sinnvolle Mietlösung gefunden werden konnte. Da unklar ist, wie die In-

formatikdienste in zehn Jahren aussehen werden, begrüßen sie die zeitgemässe Planung des Neubaus mit flexiblen, dem Bedarf anpassbaren Büroräumen. Mindestens zu Beginn werden einige Arbeitsplätze am neuen Standort unbenutzt sein und sie schlagen vor, eine Nutzung als Co-Working-Space abzuklären. Die Fraktion Grüne/JG schätzt die Tatsache, dass Minergie P-ECO sowie Solarpanels – allenfalls auch an den Fronten – eingesetzt werden, und stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Hanspeter Aellig (FDP) warnt vor viel Ärger und Aufwand beim Bau von Rechenzentren. Die FDP nimmt zur Kenntnis, dass der Bedarf an Büroräumlichkeiten steigt. Überrascht hat sie, dass Teilzeit-Mitarbeiter ab einem 50 Prozent-Pensum einen eigenen Arbeitsplatz haben. Das ist eine Luxuslösung und eine Alternative wäre zu prüfen. Es ist nachvollziehbar, dass die Qualität des Arbeitsplatzes bei der Stellensuche an Bedeutung gewinnt, jedoch sind auch andere Faktoren wie der Arbeitsweg oder die Möglichkeit von Home-Office wichtig. Neue Arbeits- und Zusammenarbeitsformen erfordern moderne, zeitgemässe Arbeitsplätze. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Rekrutierungschancen der Stadt Thun auf dem Arbeitsmarkt durch die neuen Arbeitsplätze erhöht werden könnten. Hierzu interessiert die FDP, welche Grundlagen dafür herangezogen wurden. Er persönlich hat wegen seiner Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen sowie der guten Arbeit Freude an seinem Arbeitsplatz. Nebst der Firma Nexple AG könnte man auch andere Firmen als Beispiel heranziehen, wie z.B. den Neubau des Bundes am Guisanplatz in Bern. Die FDP unterstützt die Stossrichtung, an der Industriestrasse einen Verwaltungsstandort nachhaltig im Sinne einer hohen Nutzbarkeit weiterzuentwickeln, sowie die Strategie, dass die Stadtverwaltung langfristig auf möglichst wenige Standorte konzentriert werden soll – nicht zuletzt unter dem Aspekt der Sicherheit. Minergie Eco-Plus halten sie für zeitgemäss und die Finanzierung entspricht den Legislaturzielen. Sie bedauern, dass der Thunerhof nach wie vor besetzt ist und nicht dem ursprünglichen Verwendungszweck zugeführt werden kann. Die FDP stimmt dem Gemeinderatsbeschluss im Sinne des Dispositivs zu.

Nicole Krenger (glp) betont, dass sie nichts gegen den Bau als solchen hat. Dieser ist am richtigen Ort, der Energiestandard ist eingehalten und auch das Ziel, die Verwaltung zu zentralisieren, ist durchaus nachvollziehbar. Niemand kann etwas gegen moderne und attraktive Arbeitsplätze haben. Sie ruft jedoch die finanzpolitische Ausgangslage in Erinnerung: Der Aufgaben- und Finanzplan 2020 – 2023 enthält die Aussage, die finanzielle Lage der Stadt Thun bleibe weiterhin angespannt. Für diese Zeitspanne sind 128 Mio. Franken für Nettounterhalt und Nettoinvestitionen budgetiert – woher kommt dieses Geld? Möglichkeiten sind eine weitere Verschuldung, ein Anzapfen der Spezialfinanzierung oder eine Senkung der Selbstfinanzierung. Verschuldung und Selbstfinanzierung findet sie problematisch. Zusätzlich zu der aktuellen Lage mit einem Investitionsstau kommen weitere Bedürfnisse wie Sanierungen von Schulhäusern dazu. Bei dieser Ausgangslage fragt sie sich, ob die neuen Informatik-Arbeitsplätze wirklich nötig sind. Bei der Rekrutierung findet sie andere Kriterien wesentlicher. Sie hat nachgerechnet und festgestellt, dass die Hälfte der 800 Mitarbeitenden einen Büroarbeitsplatz braucht. Aktuell liegen 360 Arbeitsplätze vor. Wenn man diese Zahl kombiniert mit moderneren Formen wie Home-Office, agilem Arbeiten oder Desk Sharing, hat sie rein rechnerisch den Eindruck, dass die vorhandenen Arbeitsplätze reichen sollten. Ein eigener Arbeitsplatz ab einem 50 Prozent-Pensum ist nicht mehr nötig und die 40 momentan fehlenden Arbeitsplätze sollten abgedeckt werden können. Bei der angespannten finanzpolitischen Lage muss eine Priorisierung zugunsten von wichtigeren Sachen vorgenommen werden. Der Bau dieser Arbeitsplätze läuft nicht davon. Die glp empfiehlt die Ablehnung des Verpflichtungskredits.

Gemeinderat Konrad Hädener bedankt sich beim Rat für die gute Aufnahme und die differenzierten Voten. Auf Stadtrat Deriaz Bemerkung hin, eine ökologische Bauweise sei zwar teuer, aber wohl zeitgemäss, ruft er in Erinnerung, für welche Zeiträume gebaut wird. Der 1875 erbaute Thunerhof wird heute noch als Verwaltungsgebäude benutzt, was zeigt, dass die Investitionskosten nicht losgelöst von den Folgekosten betrachtet werden dürfen. An Stadtrat Aellig gerichtet betont Gemeinderat Konrad Hädener, dass in den Informatikdiensten auf 27 Stellen aktuell 450 Stellenprozent unbesetzt sind. Es macht sich nicht gut, wenn an Vorstellungsgesprächen auf die Frage nach dem Arbeitsplatz ein Schulterzucken folgt. Fachkräftemangel und Teilzeitarbeit sind im IT-Bereich ein Thema. Die Organisation eines effizien-

ten Desk Sharings kann nicht den Mitarbeitenden überlassen werden: Tendenziell arbeiten diese lieber anfangs Woche und am Morgen. Desk Sharing funktioniert besser, wenn Leute oft ausser Haus sind. Das ist bei der Stadt Thun nicht der Fall und es gilt, den ohnehin schon gesuchten Fachkräften am Markt auch die Möglichkeit bieten, die Festlegung ihrer Arbeitstage massgeblich zu beeinflussen. In seinen 20 Jahren als Verwaltungsratspräsident der mehrfach genannten Firma durfte Gemeinderat Konrad Häder zahlreiche Informatiker einstellen und hat erlebt, dass die Arbeitsplatzqualität sehr wohl eine Rolle spielt. Die finanzpolitische Argumentation ist zwar berechtigt, Tatsache ist aber, dass die Stadt Thun einen räumlichen Notstand aufweist. Mieten mag kurzfristig günstiger sein, längerfristig sieht es jedoch anders aus – nicht zuletzt wegen dem aktuellen Zinsumfeld und den vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten.

Der Rat genehmigt mit 36 : 2 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 6. Dezember 2019, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 24. Januar 2020, beschliessen:

1. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von 8'420'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2230.5040.005 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung des Erweiterungsbaus Verwaltungsgebäude Industriestrasse 2, Thun.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

6. «Thuner Quartierschulinitiative: Für eine verlässliche Schulraumplanung – Für den Erhalt der Thuner Quartierschulen»

Ablehnung der Initiative und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

Bericht des Gemeinderates Nr. 38/2019

Gemeinderat Roman Gimmel räumt ein, dass die Quartierschulinitiative in den letzten zwei Punkten im Titel sympathische Beschreibungen enthält. Dennoch empfiehlt der Gemeinderat dem Parlament die Ablehnung der Initiative. Er betont, dass das Zustandekommen der Initiative gut dokumentiert und der Rat darüber informiert ist, auf welchen Grundlagen die Initiative zustande kam. Thema der folgenden Diskussion sind die Medienmitteilung, der Stadtratsbericht und allenfalls die Abstimmungsbotschaft. Die Pro- und Contra-Argumente wurden detailgetreu nicht nur in der Verwaltung mit den Experten ausdiskutiert, sondern auch im Gemeinderat und in der SAKO. Er verzichtet deshalb darauf, sich inhaltlich nochmals auf die Mikroebene zu begeben. Den Fokus legt er auf die Zeit zwischen dem Einreichen des Dokuments und dem Beginn des politischen Prozesses. Gemeinderat Roman Gimmel hat der Verwaltung den Auftrag gegeben, die Ist- sowie die geforderte Situation völlig ergebnisoffen und ohne politische Vorgabe durchzudenken. Die Verwaltung gelangte zum Schluss, dass sich relativ wenige Pro- und zahlreiche Contra-Argumente gegenüberstehen. Am System Volksschule sind zahlreiche Player beteiligt, was es höchst kompliziert macht. Aus dem Stadtratsbericht geht hervor, dass die Steuerung der Volksschule eine mehrjährige Angelegenheit ist. Der Gemeinderat sieht aus der Gesamtopitik für die Stadt Thun kei-

ne Verbesserung – gegebenenfalls sogar eine Verschlechterung. Der Titel des Traktandums suggeriert Verlässlichkeit und nahe Schulen in Quartieren. Schlussendlich könnten aus der Umsetzung jedoch sogar viele Nachteile für eine grössere Körperschaft resultieren. Dies dürfte nicht im Sinn des Initiativkomitees sein. Er bittet den Rat deshalb um Ablehnung dieser Initiative; das Abstimmungsergebnis wird gedruckt und ist ein Hinweis an das Stimmvolk.

Andreas Kübli, **SAKO BiSK**, hat sich intensiv mit der Initiative auseinandergesetzt. Die SAKO BiSK ging von den unverrückbaren Fakten aus, dass die Stadt aufgrund der Vorgaben des Kantons zwei Klassen schliessen muss. Parallel dazu hatten sie Kenntnis vom hängigen Beschwerdeverfahren. Als Grundlagen der Diskussion betrachtete die SAKO den Initiativtext, den Stadtratsbericht sowie die verschickten Unterlagen des Initiativkomitees als Gesamtpaket. Das Anliegen der Initianten können sie sehr gut nachvollziehen und sie sind der Meinung, dass rein technisch nichts gegen eine Umsetzung spricht. Aufgrund der sinkenden Kinderzahlen ist es jedoch nichts Aussergewöhnliches, dass Klassen geschlossen werden müssen. Auf der politischen Ebene betrachtet, verlangt die Initiative, die operativen Grundlagen im Reglement zu verankern. Diese Anpassung erfordert langwierige politische Prozesse. In einer dynamischen Zeit müssen operative Entscheide jedoch kurzfristig und dynamisch gefällt werden. Dies betrifft einerseits die Artikel im Reglement, die nur vom Stadtrat und unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums angepasst werden können, doch auch die Verschiebung der Kompetenzen vom Fachgremium – hier der Schulkommission – in den Gemeinderat. Hier ist fraglich, ob die Initianten wirklich mit fachlich besser fundierten Entscheiden rechnen können. Organisatorisch gesehen ist die SAKO nach dem Motto «Never Change a Running System» der Meinung, dass solche Systeme nur in absoluten Notfällen angepasst werden sollten. Ausserdem sollten Eingriffe vermieden werden, wenn das Problem lokal ist, eine Änderung jedoch einen negativen Einfluss auf das Gesamtsystem haben könnte. Die Primarschule Hohmad weist als einziger Standort keine gesamte Unterstufe auf und würde deswegen eine relativ grosse Umstrukturierung erfordern. Die Zahlen im Argumentarium der Initianten sprechen eigentlich für eine Aufrechterhaltung, sind jedoch bei näherer Betrachtung sehr statisch und stammen aus dem Schuljahr 2018/19, womit bisherige und zukünftige Entwicklungen nicht berücksichtigt werden. Der Entscheid, die beiden Klassen im Schulhaus Schoren zu schliessen, zog seines Wissens keine negativen Konsequenzen nach sich. Laut Angaben der Verwaltung können die gesetzlichen Vorgaben bezüglich Schulwegdistanz eingehalten werden. Kombiniert mit der Tatsache, dass die meisten Schüler aus dem Schoren-Quartier bereits den Kindergarten im Obermatt-Schulhaus besucht haben, scheint der SAKO der neue Schulweg auch zumutbar. Stadtrat Kübli räumt ein, dass sich der finanzielle Mehraufwand im Schulhaus Schoren in Grenzen halten würde. Dennoch sind Ressourcen für den Unterhalt nötig, und auch Lehrerressourcen wären gebunden, die in grösseren Klassen besser eingesetzt werden könnten. Allfällig nötige Schülertransporte aufgrund der Umstrukturierung würden das städtische Budget und die Umwelt belasten. Auch das Verfahren könnte angesprochen werden, das auf beiden Seiten – v.a. bezüglich Kommunikation – nicht optimal lief. Das alles ist für die SAKO jedoch kein Grund, die Initiative zu unterstützen, und sie empfiehlt dem Rat sowie dem Stimmvolk einstimmig bei zwei Abwesenheiten die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Ausgestaltung der Abstimmungsbotschaft überlassen sie der politischen Diskussion im Rat.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet Eltern, die sich so für ihre Kinder ins Zeug legen wie die Initianten der Quartierschulinitiative, a priori lobenswert. Er ist sicher, dass der gesamte Rat gute Thuner Schulen für alle, kurze und sichere Schulwege und attraktive Strukturen in Thuner Quartieren befürwortet. Doch wie so oft, wenn man die gleichen Ziele verfolgt, kann man über den Weg dorthin geteilter Meinung sein. Leider können diese Ziele mit der Quartierschulinitiative nicht erreicht werden. Namentlich müssten in der Primarschule Hohmad bei der Schaffung einer Primarstufe Mehrjahrgangsklassen gebildet werden. Problematisch wäre, dass 40 Schüler keinen Platz mehr hätten und das Schulhaus wechseln müssten. Für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum im Rahmen der anstehenden Sanierung der Schulanlage Hohmad fehlt leider der Platz. Die Initiative löst also kurzfristig Probleme im Schoren, schafft aber neue in anderen Quartieren. Man kann beobachten, dass Quartiere überaltern, was neuen Zuzug von Familien mit Kindern nach sich zieht. Mit dem Korsett der Initiative, die ein festes Klas-

senangebot fordert, wären lange Schulwege dieser Schüler bereits vorprogrammiert, da einzelne Klassen gefüllt werden müssten. Er fügt als Begriffserklärung an, dass die Schliessung der zwei Klassen im Schoren keine Auswirkung der Schulraumplanung, sondern der Klassenorganisation im entsprechenden Schulkreis ist. Das Schulhaus Schoren ist also nicht geschlossen, sondern bildet Schulraumreserve. Die Fraktion EVP+EDU+CVP steht hinter dem Gemeinderat, der Schulkommission und der Verwaltung und attestiert ihnen, bei ihren Entscheiden das Wohl aller Thuner Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, kann sich seinen Vorrednern fast in allen Punkten anschliessen. Seine Fraktion hat sich gefragt, ob das, was nicht gut lief, Einzelfälle waren. Sie verstehen die Initianten, wenn diese nicht zufrieden sind. Wenn es sich um keinen Einzelfall handelt, braucht es neue Lösungen, die jedoch besser sein und unseren Grundsätzen besser genügen müssen. Die Zielsetzung der Initiative geht in eine gute Richtung und fordert gleiche Bedingungen für alle Thuner Schülerinnen und Schüler. Die Frage ist, wie realistisch diese Forderung ist. Nach dem in der Initiative vorgeschlagenen Muster hätte die Schulkommission nur zwei Möglichkeiten: die kleinen Klassen weiterführen oder vergrössern. Bei der ersten Möglichkeit sind Lehrerstellen gebunden, die dann in anderen Schulhäusern fehlen. Die Zusammenlegung von Klassen führt zur pädagogischsten aller Schulformen, bei der kleinere von grösseren Kindern lernen und die grösseren lernen, auf die kleineren Rücksicht zu nehmen. Doch eine solche Schulform stellt grosse Anforderungen an die Klassenführung. Er ist überzeugt, dass alle Thuner Lehrpersonen dazu in der Lage wären, doch es ist fraglich, ob sie das auch möchten. Nicht unterstützen kann Stadtrat Vannini die Aussage von Stadtrat Locher, man sei froh um kurze Schulwege. Schulwege sind für Unterstufenkinder die einzige Zeit am Tag, in der sie nicht betreut sind, und deshalb sehr wichtig. Schulwege dauern deshalb so lange, weil sich die Kinder dort sozialisieren. Seine Fraktion glaubt, dass die Initiative das Problem Schoren lösen würde – jedoch nur kurzfristig. Hingegen würden grosse Ungerechtigkeiten entstehen und es ginge die Möglichkeit verloren, die Schulordnung in Thun gut organisieren zu können. Die glp/BDP-Fraktion hofft, dass das Problem Schoren mittelfristig mit viel gegenseitigem Vertrauen gelöst werden kann, und folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, findet das Anliegen auf den ersten Blick sympathisch, sieht darin aber einen Vorstoss von Partikularinteressen der Eltern eines Quartiers gegenüber den Gesamtinteressen aller Thuner Schulkinder. Die Umsetzung der Initiativforderungen könnte zu Nachteilen für eine Mehrzahl der Thuner Schüler sowie zu Mehrkosten führen. Es handelt sich um eine Frage der Schulorganisation und nicht der Schulraumplanung. Sie war selbst lange Zeit Schulkommissionsmitglied und konnte feststellen, dass das vorliegende Bildungsreglement eine gute Grundlage darstellt und die Umsetzung gut funktioniert. Bisher konnte immer eine gute Lösung gefunden werden. Auch wenn die Eltern nicht immer mit der Einteilung zufrieden waren, stellten sich die Kinder schnell auf die neue Situation ein. Sie betont, dass die Begriffe Klassen- und Schulhausschliessung nicht gleichgesetzt werden dürfen. Momentan findet im Schulhaus Schoren zwar Unterricht statt, das Gebäude bleibt jedoch bestehen und stellt eine Schulhausreserve dar. Bei einem JA zur ZPP «Hoffmatte» zum Beispiel werden die Kinderzahlen in diesem Gebiet steigen und das Schorenschulhaus kann bald wieder in Betrieb genommen werden. Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die nachvollziehbaren Erläuterungen und lehnt die Initiative einstimmig ab.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für seine gute Vorbereitung. Die obersten Ziele jeder Schulpolitik müssen gute Lernvoraussetzungen, eine zweckmässige Lerninfrastruktur und vernünftige, sichere Schulwege sein. Er stimmt Stadtrat Vannini zu und bekräftigt, dass der Schulweg der positiven Entwicklung dient und einen wesentlichen Integrations- und Sozialisierungsfaktor darstellt. Eine Verschiebung von Schülerinnen und Schülern quer durch Thun, nur um dem Initiativtext Genüge zu tun, findet die FDP abstrus. Die kantonalen Vorgaben zu Klassengrössen sind für die Gemeinde verbindlich und die Entwicklungen werden über drei Jahre sorgfältig überprüft. Die entsprechenden Klassenschliessungen bzw. -eröffnungen werden weit im Voraus festgelegt. Für die nächsten zwei Jahre befindet sich die

Anzahl Klassen in der Stadt Thun unter dem vorgegebenen Mittelwert von 20.5. Die Schulkommission hat seit dem Schuljahr 2005/06 keine Primarschulklassen mehr eröffnet, hingegen aber seit 2005 ganze 23 Primarschulklassen geschlossen. Die Fluktuation in Thun ist eine grosse Herausforderung und die Bevölkerungsentwicklung ist äusserst schwer abzuschätzen. Entscheidend ist, dass die Auslösung von Infrastrukturvorhaben zum richtigen Zeitpunkt erfolgt. Die Stadt Thun wird in den nächsten Jahren sehr viel Geld für Schulinfrastrukturen ausgegeben. Das Schulsystem funktioniert mit den dargelegten Prozessen gut, was vom Kanton regelmässig attestiert wird. Es wäre sehr problematisch und mit erheblichen Nachteilen verbunden, das jetzige System durch ein völlig unflexibles zu ersetzen. Die Pädagogik entwickelt sich weiter und neue Systeme werden in anderen Kantonen bereits getestet und eingeführt. Entscheidend ist für die Stadt Thun, mit einer hohen Flexibilität auf künftige Herausforderungen reagieren zu können. Die FDP lehnt die Initiative ab.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, würdigt das Engagement des Initiativkomitees im Rahmen der demokratischen Entscheidungsfindung. Die SP-Fraktion hat sich mit Vertreterinnen und Vertretern des Initiativkomitees über ihre Anliegen und Vorschläge ausgetauscht. Sie ordnet die Initiative in erster Linie als Reaktion der betroffenen Eltern auf die Schliessung der beiden Klassen im Schulhaus Schoren ein. Nach eingehender Beratung kamen sie zum Schluss, dass die Annahme der Initiative negative Auswirkungen auf die Thuner Volksschule hätte und die Schulorganisation massiv erschweren würde. Die Argumentation des Gemeinderats überzeugt sie insbesondere deshalb, weil die Initiative Eigen- vor Gesamtinteressen stellt. Die Vorgaben des Kantons bezüglich Klassengrössen müssen im Interesse der ganzen Stadtbevölkerung umgesetzt werden. Sture Vorschriften im Bildungsreglement für jeden einzelnen Schulstandort als Reaktion auf den Einzelfall Schoren wären nicht zielführend. Tatsache ist, dass sich die Anzahl der Schulkinder ständig verändert und deshalb laufend Anpassungen nötig sind. Die SP-Fraktion wünscht sich, dass auch weiterhin diejenigen Lösungen gefunden werden, die aus einer Gesamtsicht am verträglichsten sind und damit die Chancengerechtigkeit für alle Kinder fördern. Zweitens würde die Initiative zu Umstrukturierungen und weiteren Schulwegen im Quartier Hohmad führen, da dort eine 5. und 6. Klasse eröffnet werden und andere Schülerinnen und Schüler umquartiert werden müssten. Dies würde deutlich mehr Kinder betreffen als im Schoren. Drittens würde die Initiative die rechtzeitige Umsetzung von angemessenen Lösungen verhindern und die Flexibilität einschränken. Die Klassenorganisation muss in jedem einzelnen Schuljahr neu erfolgen. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass das aktuelle System funktioniert, weil es die nötige Flexibilität gewährt. Sie folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderats und genehmigt die Abstimmungsbotschaft gemäss dem vorliegenden Entwurf.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, dankt den Initiantinnen und Sympathisantinnen der Initiative für das kritische Hinschauen und Aufwerfen von spannenden Fragen. Die Fraktion Grüne/JG nimmt die Anliegen des Komitees durchaus ernst und hat eine Vertretung an die Fraktionssitzung eingeladen. Vertretbare und vor allem sichere Schulwege finden die Grünen sehr wichtig und wünschen sich möglichst flächendeckend Schulstandorte in den Quartieren. Sinnvoll organisierte Strukturen müssen jedoch Flexibilität zulassen. Sie sind überzeugt, dass das aktuelle Gesamtsystem der Thuner Volksschule gut ist und die umstrittenen Entscheidungen richtig. Die SAKO BiSK ist sich parteienübergreifend einig, dass gewisse Forderungen der Initiative nicht zielführend sind und einer vernünftigen Planung eher im Weg stehen. Bezüglich Schulhaus Schoren wünschen sie sich, dass dieses über kurz oder lang wieder mit Kindern aus dem Quartier belebt wird. Sie nehmen den Gemeinderat beim Wort, dass die Option für eine Wiedereröffnung besteht und die Kapazität entsprechend genutzt werden kann. Die Fraktion Grüne/JG lehnen die Initiative ab und genehmigen die Abstimmungsbotschaft.

Eveline Salzmann (SVP) betont, dass man der Stadt jegliche Flexibilität wegnimmt, wenn man die Initiative annimmt. Es stünde dann schwarz auf weiss, wo welche Klassen geführt werden.

Gemeinderat Roman Gimmel bestätigt in Bezug auf das Votum von Stadtrat Kestenholz, dass niemand leere Schulhäuser betreiben will. Es ist deshalb auch der Wunsch des Gemeinderats, dass es genügend Schulkinder hat und dass die Klassen in den bestehenden Schulhäusern untergebracht werden können.

Der Gemeinderat hat im Oktober verwaltungsintern nachgefragt, wie es den gezügelten Schulkindern ergeht. Es gab kein einziges Indiz dafür, dass es diesen Kindern nicht gut gehe. Dies kann in der Teilantwort auf die Frage 8 des Traktandums 31, das an der nächsten Sitzung besprochen wird, nachgelesen werden.

Der Rat genehmigt mit 38 : 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 25 Absatz 1 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Dezember 2019, beschliesst:

1. Die Gemeindeinitiative «Thuner Quartierschulinitiative: Für eine verlässliche Schulraumplanung – Für den Erhalt der Thuner Quartierschulen» wird abgelehnt.
2. Den Stimmberechtigten wird Ablehnung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe f der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 24. Januar 2020, beschliessen:

1. Die Initiative «Thuner Quartierschulinitiative: Für eine verlässliche Schulraumplanung – Für den Erhalt der Thuner Quartierschulen» wird angenommen.
 2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
3. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
 4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

7. Motion M 4/2019 betreffend CO2-Reduktion bei Neubauten

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Die Motion wurde durch die Urheberschaft zurückgezogen.

8. Postulat P 26/2019 betreffend STI kostenlose Fahrten für Armutsbetroffene

Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Das Postulat wurde durch die Urheberschaft zurückgezogen.

9 Fragestunde F 1/2020 betr. Preiszerfall auf dem Kartonmarkt – welche finanziellen Konsequenzen zieht dies für die Stadt Thun nach sich?

SVP Fraktion vom 21. Januar 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 1/2020 wird schriftlich beantwortet.

Eingänge

- I 1/2020 Interpellation betreffend keine Immobilienspekulation unter Gemeinwesen; SP-Fraktion vom 24. Januar 2020

Verschiebungen

- Fuss- und Veloverkehrsverbindung Bahnhof–Selve–Schwäbis; Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 250'000 Franken für die Planung und Projektierung
- Postulat P 12/2019 betreffend Prüfen von Rahmenbedingungen für die Nutzung und Weiterentwicklung der Schadaugärtnerei
- Postulat P 16/2019 betreffend geschlechtergerechte Vertretungen in gemeindenahen Unternehmen
- Postulat P 20/2019 betreffend Aufführen der Klimaauswirkungen bei Anträgen an den Stadtrat
- Postulat P 14/2019 betreffend Umstellung auf klimaneutralen öffentlichen Verkehr
- Postulat P 17/2019 betreffend Schaffung einer Fachstelle für Gleichstellung und Diversity Management
- Postulat P 21/2019 betreffend klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung
- Postulat P 22/2019 betreffend neues Finanzierungsmodell zur Beschleunigung von Gebäudesanierungen nach dem Vorschlag von swisscleantech
- Interpellation I 13/2019 betreffend Stand Bauminventar und rechtlicher Schutz von Bäumen
- Interpellation I 14/2019 betreffend Entwicklungsschwerpunkt ESP Bahnhof Thun
- Motion M 5/2019 betreffend Klimaschutz-Masterplan Stadt Thun
- Motion M 6/2019 betreffend freie Fahrt auf dem Stadtnetz der STI für alle Thuner Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Altersjahr
- Postulat P 24/2019 betreffend jährlichem finanziellen Beitrag an die Projekte Förderverein Thun-Gabrovo
- Postulat P 27/2019 betreffend Verkehrsführung obere Hauptgasse / Sinnebrücke / Freienhofgasse
- Postulat P 29/2019 betreffend ab 17.00 Uhr in die Thuner Badis zum Feierabend-Tarif
- Postulat P 18/2019 betreffend Zulassung Glacevelos in öffentlichen Parkanlagen
- Postulat P 28/2019 betreffend nachhaltige Ernährung
- Postulat P 19/2019 betreffend Ausstieg fossile Wärme
- Postulat P 23/2019 betreffend Partizipations-Gefäss pro Klima
- Interpellation I 15/2019 betreffend Fördermodell gemeinnütziger, genossenschaftlicher Wohnungsbau
- Interpellation I 16/2019 betreffend Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Thun
- Interpellation I 19/2019 betreffend finanzielle Implikationen rund um das Siegenthalergut
- Interpellation I 17/2019 betreffend flexibilisierte Schulraumplanung in der Stadt Thun
- Interpellation I 18/2019 betreffend Leihvelos von Velospot in der Stadt Thun

Die Stadtratspräsidentin

Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder